

Bankster vor Gericht

Kollektive Unschuld und systemische Kriminalität

Von **Werner Rügemer**

Die öffentlichen Verurteilungen hätten kaum heftiger sein können: Die Banker haben den „größten Bankraub aller Zeiten“ organisiert und die zivilisierte Welt um ein Haar in den „Abgrund“ gerissen; deshalb müsse mit den „Kapital-Verbrechern“ abgerechnet werden.¹ Der damalige Bundespräsident Horst Köhler kritisierte die Banken wiederholt als „Monster“, US-Präsident Barack Obama prangerte die „Bankster“ an.

Und doch: Die angekündigte Abrechnung erfolgt nicht, weder politisch noch rechtlich. Die Justiz mag hier und da gegen einige unwichtige Banker vorgehen, aber auch dabei geht es nur um *peanuts*. Auch die Mittäter aus Politik und Beratungsbranche bleiben ungeschoren.² Und die Hauptverbrechen gegen Gemeinschaftsinteressen werden rechtlich gar nicht erst thematisiert.

Große Show mit kleinen Fischen

Die US-Regierung ließ bislang keine der krisenverursachenden, volkswirtschaftlich schädlichen Finanzpraktiken verbieten. Um den Volkszorn zu beruhigen, bewilligte sie jedoch 330 Mio. US-Dollar bis Ende 2011 für die zusätzliche Verfolgung von Finanzverbrechen: 50 Mio. an Staatsanwälte, 21 Mio. an die Börsenaufsicht *Security Exchange Commission* (SEC) und 140 Mio. an die Bundespolizei FBI. Sie sollen die Straftaten Betrug, Insiderhandel, Untreue und Irreführung von Kunden verfolgen.³

So verklagt nun die SEC die einflussreichste und profitabelste Bank der Wall Street und der westlichen Wertegemeinschaft, Goldman Sachs, wegen Betrugs. Sie gilt in der US-amerikanischen Öffentlichkeit als Hauptverursacher der Finanzkrise. Goldmann sei seit etwa 2005 davon ausgegangen, dass der von ihr selbst mitverursachte US-Immobilienboom zusammenbrechen werde. Die Bank habe aber noch 2007, kurz vor Ausbruch der Finanzkrise, das Produkt Abacus 2007-AC1, eine hypotheckengedekte Anleihe vom Typ Collateralized Debt Obligations (CDO), an Investoren mit dem Versprechen

1 Vgl. „Der Spiegel“, 5/2010; für kritische Hinweise danke ich Renate Börger.

2 Vgl. Thilo Bode und Katja Pink, Die Finanzkrise als Demokratiekrise. Der Staat als Dienstleister des Finanzkapitals, in: „Blätter“, 6/2010, S. 45-55.

3 Zur mangelnden juristischen Aufarbeitung in den USA vgl. auch James K. Galbraith, Der große Betrug, in: „Blätter“, 6/2010, S. 56-60.

der Wertsteigerung verkauft. Goldman habe aber nicht darüber informiert, dass der Emittent der Anleihe, der Hedgefonds Paulson, die in Abacus zusammengefassten Hypothekenkredite selbst auswählte, in Richtung Absturz steuerte und gleichzeitig auf den Absturz wettete, genauso wie Goldman selbst. Die Kunden, darunter die IKB Deutsche Industriebank und Pensionskassen, haben allein bei diesem Finanzprodukt etwa eine Mrd. US-Dollar verloren, während der Hedgefonds Paulson und der Verkäufer Goldmann hohe Gewinne einheimsten.⁴ Die Bank bestreitet nicht die Fakten; sie beruft sich lediglich darauf, dass jeder Anleger wissen müsse, dass bei einem CDO wie Abacus immer eine andere Partei auf die gegensätzliche Entwicklung des Wertpapiers wettet.

Die Anklage ist allerdings dadurch entschärft, dass erstens nur ein einziges Finanzprodukt aus hunderten ähnlicher herausgegriffen wird, und dass zweitens nicht Bankchef Lloyd Blankfein oder andere führende Manager verklagt werden, sondern nur der angestellte Händler Fabrice Tourre. Praktiken wie bei Abacus waren und sind in der Branche jedoch üblich. Auch die Deutsche Bank hat seit 2006 Wetten auf das Platzen der Immobilienblase verkauft, während man öffentlich die Chancen des Immobilienmarktes lobte.

Doch es wird kaum zu Verurteilungen kommen. Zum einen müsste die Regierung eingestehen, dass die Börsenaufsicht SEC ihre Kontrollfunktion im Vorfeld der Finanzkrise nicht erfüllte. Zum anderen – und vor allem – ist die Wall Street mit Regierung, Parteien, Justiz und Medien eng verfilzt. Nicht zufällig hat die Regierung von Präsident Bill Clinton in den 90er Jahren das Finanzwesen dereguliert, die SEC entmachtet und gerade den Investmentbanken und ihren Erfindungen (Finanzwetten, private Kreditschöpfung durch „innovative“ Schneeballsysteme) freie Bahn verschafft. Clintons Finanzminister Robert Rubin kam von Goldman Sachs. Und es war Henry Paulson von ebenjener Bank, der als Finanzminister des US-Präsidenten George W. Bush 2008/2009 die bankrotten Banken mit Hilfe von Staatsgeldern rettete. Goldman und Wall Street gehören zu den Großspendern beider großer Parteien, ihrer Abgeordneten und Präsidentschaftskandidaten, „die darauf angewiesen sind, dass diese Gelder auch weiter fließen – was es nicht eben einfach macht, die Banken ernsthaft unter Druck zu setzen.“⁵ So endet die spektakuläre Anklage vermutlich in einem Vergleich: keine öffentliche Verhandlung, keine Verurteilung; man schätzt, dass die Bank ein Strafgeld von etwa einer Mrd. US-Dollar zahlen wird. Und das war's dann.

Bankenverfahren enden in den USA in der Regel mit Vergleichen. Geradezu routinemäßig kaufen sich Banken durch Straf gelder von öffentlicher Verhandlung und Urteil frei. 2002 stimmten Deutsche Bank, Goldman Sachs, Morgan Stanley, Salomon Smith Barney und US Bancorp einer Strafzahlung von je 1,65 Mio. US-Dollar zu. Sie hatten Großkunden irregeführt und interne Dokumente vernichtet. 2005 beendeten der Wirtschaftsprüfer KPMG und die New Yorker Justiz den größten Steuerstrafrechtsfall der Geschichte durch einen Vergleich: KPMG zahlte 456 Mio. US-Dollar Straf geld; KPMG hatte für

4 „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ (FAZ), 24.4.2010.

5 „Die Welt“, 15.5.2010.

vermögende Kunden künstliche Steuereinsparungen in Milliardenhöhe produziert, wobei die Deutsche Bank und die Hypovereinsbank die komplexen Transaktionen finanzierten, aber nicht belangt wurden. 2008 zahlten Goldman, Merrill Lynch und Deutsche Bank wegen Irreführung von Kunden Straf-gelder in Millionenhöhe und kauften die Wertpapiere von den Kunden in Mil-liardenhöhe zurück: Lässiger Freikauf und kein Schuldbewusstsein.⁶

Bernard Madoff und Jerome Kerviel

Der Fall Madoff zeigt dagegen, dass die US-Justiz gegen „kleine Fische“ anders vorgeht. Der Vermögensverwalter Bernard Madoff hatte für vermög-ende Privatkunden 50 Mrd. US-Dollar in einem Schneeballsystem ange-legt. Madoffs Unternehmen handelte mit Produkten von Goldman Sachs und anderen Großbanken und hatte prominente Kunden wie Friedensnobelpreis-träger Elie Wiesel und Hollywood-Regisseur Steven Spielberg. Informanten drängten die SEC seit 1999 zu Überprüfungen; geschehen ist aber nichts. Madoff wurde 2008 wegen Geldwäsche, Urkundenfälschung, Betrug und Diebstahl angeklagt. Ihm wurde auch vorgeworfen, was man jedem Wall-Street-Banker vorwerfen könnte: Er habe sich selbst bereichert. Für ihn gab es jedoch keinen Vergleich, er wurde schnell schuldig gesprochen und zu dra-konischen 150 Jahren Haft verurteilt, sein Vermögen eingezogen. Der Öko-nom Paul Krugman fragte: „Was hat Madoff anderes getan als die gesamte Investmentindustrie?“⁷

In Frankreich hat die Großbank Société Générale einen angestellten Händ-ler, Jerome Kerviel, wegen Betrugs, Dokumentenfälschung und Untreue vor Gericht gebracht. Er soll seine Handelslimits bei Terminkontrakten namens der Bank überschritten, Absicherungs-Transaktionen erfunden und einen Verlust von 4,9 Mrd. Euro verursacht haben.⁸ Dieses bisher in Frankreich einzig nen-nenswerte Gerichtsverfahren im Gefolge der Finanzkrise trägt absurde Züge.

Die Société Générale (SG) mit weltweit 130 000 Beschäftigten ist eine tra-gende Säule des französischen und europäischen Finanzsystems. Der dama-lige Bankchef Daniel Bouton – er hatte die SG zur „dynamischsten und pro-fitabelsten Bank Frankreichs“ machen wollen – trat zwar, wie auch Kerviels Vorgesetzter, wegen des Falls zurück; beide wurden von der Bank aber weder straf- noch zivilrechtlich angezeigt. Die Anklage stellt Kerviel als gewissen-losen Alleintäter dar, der aus einem narzisstischen Bedürfnis nach Anerken-nung und aus Habgier gehandelt habe. Dieses psychologische Klischee wird ergänzt durch die Darstellung, die Kontrollen in der Bank hätten zwar „funktio-niert“, seien aber „unzureichend“ gewesen. Die neue Bankleitung versucht nun, die Beschäftigten als unschuldige und solidarische Großfamilie zusam-menzuschweißen.⁹

6 „Spiegel Online“, 3.12.2002; „Handelsblatt“, 30.8.2005; „Die Welt“, 23.8.2008.

7 „New York Times“, 19.12.2008.

8 FAZ, 9.6.2010.

9 „Le Figaro“, 22.6.2010; „Le Monde“, 8.6.2010.

Freilich bleibt die Tatsache, dass das „kriminelle schwarze Schaf“ Kerviel nicht kritisiert wurde, solange er Gewinne machte. Die wenigen Kontrolleure durften den Erfolg nicht behindern und konnten die aberwitzige Zahl der einzelnen Transaktionen ohnehin nicht überprüfen. Die Gesamtverluste der SG betragen ein Vielfaches der von Kerviel produzierten Verluste, aber dafür benennt die Bank keinen einzigen Verantwortlichen. Sie stilisiert sich als Opfer eines einzelnen Händlers und blendet die Strukturen aus, die sie zusammen mit anderen Banken etabliert und jahrelang betrieben hat. Dem folgt der Staatsanwalt, obwohl die SG bereits der Höchststrafe von 40 Mio. Euro zugestimmt hatte, die von der Bankaufsicht wegen Kontrollmängeln verhängt wurde.¹⁰ Bei all diesen Verfahren wird rechtlich nicht der grundsätzliche Betrug aufgegriffen, der für deregulierte Finanzprodukte typisch ist: die organisierte Intransparenz mit Hilfe außerbilanzieller Zweckgesellschaften, die zudem in deregulierten Finanzoasen ihren fiktiven, aber juristisch anerkannten Sitz haben; die Kredite, die beispielsweise bei American International Group (AIG) pro forma versichert wurden, ohne dass AIG Rücklagen für den Versicherungsfall bildete; der Verkauf minderwertiger Wertpapiere unter der Vorspiegelung größerer Werthaltigkeit; der fiktive Verkauf von Infrastrukturanlagen, um Vorwände für langfristige Karussellgeschäfte zwischen Banken zu schaffen (Cross Border Leasing); die Deregulierung mit der Behauptung, den Staat heraushalten zu wollen, während heimlich auf die Risikoübernahme durch den Staat gesetzt wird.¹¹

Der Politik- und Bankenfilz auf Bundesebene

Das beste Beispiel für dieses Vorgehen ist die Hypo Real Estate (HRE). Sie ist diejenige deutsche Bank, die mit den umfangreichsten staatlichen Mitteln gerettet und schließlich verstaatlicht wurde. „Toxische“ Papiere im „Wert“ von über 200 Mrd. Euro sind zusätzlich in eine Bad Bank ausgelagert. Die Staatsanwaltschaft München ermittelt gegen den Ex-Vorstandschef Georg Funke und die anderen Vorstandsmitglieder sowie gegen den Ex-Aufsichtsratsvorsitzenden Kurt Viermetz. Sie stehen im Verdacht, gegenüber den Aktionären die Lage der Bank bis zuletzt verschleiert und das Vermögen der Bank veruntreut zu haben.

Die Finanzkrise in Deutschland brach 2007 bei der IKB aus. Die Deutsche Bank und andere hatten ihr verbriefte US-Hypothekenkredite verkauft und ihr dafür auch Kredite gegeben. Der Staat rettete die IKB nach der Alarmmeldung der Deutschen Bank mit insgesamt zehn Mrd. Euro. Der damalige Vorstandsvorsitzende, Stefan Ortseifen, wird nun wegen Untreue und Marktmanipulation angeklagt: Er habe die Risiken in einer Pressemitteilung – eine Woche vor der Zahlungsunfähigkeit der Bank – bewusst verschwiegen.¹²

10 „Financial Times Deutschland“ (FTD), 26.6.2010.

11 Vgl. Bernd Schünemann, Die sogenannte Finanzkrise – Systemversagen oder global organisierte Kriminalität? Berlin 2010, S. 81 f.

12 Weiterhin wird Ortseifen der Untreue angeklagt, weil er auf Kosten der Bank seine Villa renovieren lassen und hochwertige Lautsprecherboxen beschafft habe – Gesamtwert 120 000 Euro.

Ortseifen erklärt sich für unschuldig. Er verteidigt sich zum einen (wie der ehemalige HRE-Chef Funke) mit der „kollektiven Fehleinschätzung“ in Finanzkreisen, also den Fehlern der anderen Banken, Ratingagenturen, Wirtschaftsprüfer und auch der staatlichen Aufseher. Es hätte folglich ein Zustand des kollektiven Unwissens und der kollektiven Unschuld bestanden. Zum anderen habe die Deutsche Bank der IKB die riskanten Ramschanleihen verkauft und dafür die Kredite gegeben. Daher trage sie auch die Verantwortung.¹³ Die reklamierte „kollektive Unschuld“ ist somit etwas brüchig; freilich ziehen daraus weder Ortseifen noch die IKB die Konsequenz, den behaupteten schuldigen Täter, die Deutsche Bank, zu belangen. Offensichtlich schließen sich alle kleineren und größeren Täter der kollektiven Unschuldserklärung an, weil sie alle Dreck am Stecken haben.

HRE und IKB verklagen ihre ehemaligen Vorstände und Aufsichtsräte nicht – weder wegen Marktmanipulation, noch wegen Untreue oder auf Schadenersatz. Es ermitteln lediglich Staatsanwälte namens des Staates, und zwar ausschließlich strafrechtlich. Die Bundesregierung und die staatliche Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) als Haupteigentümer der IKB verhinderten zusammen mit dem Gläubiger Deutsche Bank die Veröffentlichung der von der Aktionärsversammlung beschlossenen Sonderprüfung zu den Ursachen der Insolvenz.¹⁴ Der neue IKB-Eigentümer Lone Star sperrt sich ebenfalls gegen die Offenlegung, mit der Begründung, dass dann die Aussichten der Anleger stiegen, die auf Schadenersatz klagen. Dieselbe Blockadestrategie verfolgt auch die HRE: Der gegenwärtige Vorstand weist zwar vor Gericht die Gehalts- und Pensionsansprüche des gekündigten Pleite-Vorstands um Georg Funke ab, will aber gleichzeitig deren tatsächliches Verhalten, das zur Krise geführt hat, nicht offenlegen, damit die auf Schadenersatz klagenden Anleger nicht mit Argumenten munitioniert werden. Auch hier schließt also das Kollektiv der selbst ernannten Unschuldigen seine Reihen.

Der Politfilz der Landesbanken

Staatsanwälte ermitteln seit 2008 gegen Vorstandsmitglieder der Landesbanken BayernLB, HSH Nordbank, WestLB, SachsenLB und Landesbank Baden-Württemberg (LBBW). Diese öffentlich-rechtlichen Banken haben sich von ihrem regionalen Kreditgeschäft weit entfernt und in dieselben Transaktionen gestürzt wie die Investmentbanken. Landesbanken haben sich zusammen mit der Deutschen Bank, UBS und Citigroup beispielsweise besonders intensiv an den „Cross-Border-Leasing“-Transaktionen beteiligt und setzen bis heute Dutzende von Kommunen den Risiken dieser Karussellgeschäfte aus.¹⁵

Die andauernden Ermittlungen haben bislang in keinem einzigen Fall zu Anklagen geführt. In den Verwaltungsräten der Banken sitzen die jeweiligen

¹³ „Handelsblatt“, 17.3.2010.

¹⁴ „Handelsblatt“, 30.4.2009.

¹⁵ Vgl. Werner Rügemer, Cross Border Leasing. Lehrstück zur globalen Enteignung der Städte, Münster 2005; ders., Public Private Partnership: Die Plünderung des Staates, in: „Blätter“, 2/2010, S. 75-84.

Finanz- und Wirtschaftsminister des Bundeslandes und die Fraktionsvorsitzenden der Regierungsparteien. Die ohnehin politisch gegängelten Staatsanwälte stehen also einem Schweigekartell gegenüber und versuchen, sich durch wiederholte Razzien Informationen zu beschaffen.¹⁶ Die Landesregierungen verweigern ihrerseits die Herausgabe von Unterlagen, während sie ihre Banken mit Milliardenbeträgen retten, ohne die Gläubigerforderungen zu prüfen und die bisherigen Finanzpraktiken zu ändern. So zahlten die Bundesländer Hamburg und Schleswig-Holstein zwar drei Mrd. Euro in die HSH Nordbank ein und gaben Garantien in Höhe von zehn Mrd. Euro, lassen die Bank aber ihre 164 außerbilanziellen Zweckgesellschaften auf den Kaiman-Inseln und an anderen Orten weiter betreiben. Als neuer Aufsichtsratsvorsitzender wurde Hilmar Kopper geholt, der ehemalige Aufsichtsratsvorsitzende der Deutschen Bank, der die alten Praktiken deckt.

In nicht wenigen Fällen haben erst Bürger und Rechtsanwälte durch Strafanzeigen die Ermittlungen ausgelöst bzw. beschleunigt. So hat etwa der Hamburger Strafverteidiger Gerhard Strate mehrere Strafanzeigen gegen Verantwortliche der HSH Nordbank wegen des Verdachts der Untreue in einem besonders schweren Fall, wegen Bilanzfälschung und gemeinsam mit der HRE begangener Täuschung der Finanzaufsicht erstattet. Nach Aufnahme der Ermittlungen gab Kopper allerdings einen eigenen Untersuchungsauftrag an die Kanzlei Freshfields, die vorher mehrere Mandate der HSH hatte, seit Jahrzehnten als Lobbyist der Finanzmarktderegulierung agiert und „innovative“ Finanzprodukte wie Cross Border Leasing rechtlich absichert. Freshfields kam zu dem Ergebnis, dass der von Kopper unterstützte Vorstandschef Dirk Nonnenmacher zwar an den zur Katastrophe führenden Transaktionen beteiligt war, aber „nicht pflichtwidrig“ gehandelt habe.¹⁷

In Bayern haben auch Strafanzeigen aus den Landtagsfraktionen der Grünen und der Freien Wähler die Staatsanwälte angetrieben. Sie ermitteln gegen den früheren BayernLB-Chef Werner Schmidt, weitere ehemalige Vorstände und Mitglieder des Verwaltungsrats. Die neue Landesregierung unter Horst Seehofer hat die Landesbank mit zehn Mrd. Euro aus der Landeskasse gestützt, bemüht sich jedoch nicht, die Ermittlungen und Schadenersatzforderungen gegenüber den früheren Landesministern Kurt Faltlhauser, Günter Beckstein und Erwin Huber voranzubringen, die alle im Verwaltungsrat saßen. Die Regierungspartei CSU hatte zudem günstige Kredite der BayernLB erhalten. Faltlhauser legte die Schizophrenie offen: „Ich entschuldige mich“, erklärte er, betonte aber zugleich, dass er „keine persönliche Schuld“ sehe.¹⁸

Der Sächsische Verfassungsgerichtshof hat auf Antrag der Landtagsfraktion der Grünen geurteilt, dass die Betätigung der SachsenLB auf den Kapitalmärkten von ihren gesetzlichen Aufgaben nicht gedeckt war.¹⁹ Vorstände und Aufsichtsrat handelten also gesetzwidrig. Das gilt auch für die anderen Lan-

16 FTD, 5.1.2010; „Der Spiegel“, 43/2009, S. 72 ff.

17 „Der Spiegel“, 48/2009, S. 106 f.

18 „Handelsblatt“, 3.12.2008.

19 Verfassungsgerichtshof des Freistaates Sachsen, Urteil vom 28.8.2009, Az. Vf.41-I-08.

desbanken. Doch die Landesregierungen als Mittäter setzen dieses gesetzwidrige Verhalten fort und ziehen aus dem Urteil keine Konsequenzen.

Kommunen und Mittelständler verklagen die Deutsche Bank

Investmentbanken haben seit dem Jahr 2000 weltweit tausenden Kommunen und Regionalverwaltungen „innovative Finanzprodukte“ verkauft. Auch eine noch unbekannte Zahl Mittelständler war begehrte Kundschaft. Dabei ging es vor allem um *Spread Ladder Swaps*. Mit dem Versprechen der „Zins-“ bzw. „Renditeoptimierung“ haben die Banken Zinsderivate, also Zinswetten, verkauft. Dabei informierten sie allerdings nicht genau darüber, dass sie vor allem selbst mit diesen Produkten Gewinne machen wollten und dass eine Wette zwar gewonnen, aber auch verloren werden kann. Und da die Banken als „Hersteller“ der „Produkte“ am längeren Hebel saßen, waren sie in den allermeisten Fällen die Gewinner.

Etwa 200 deutsche Kommunen sind solche Zinswetten eingegangen, die bisher bekannt gewordenen Verluste liegen zwischen vier Mio. (Pforzheim) und 50 Mio. Euro (Hagen). Erst allmählich rafften sich einige Kommunen auf, den Hauptverkäufer Deutsche Bank wegen Falschinformation zu verklagen. Nach ersten gerichtlichen Niederlagen – die auch der Tatsache geschuldet sind, dass Anwälte und Richter sich zunächst nicht auskannten bzw. sich auf die Darstellung der Deutschen Bank verließen – wurde diese inzwischen durch mehrere Landgerichte und zuletzt das Oberlandesgericht Stuttgart zur Zahlung von Schadenersatz verurteilt. Begründung: Die Bank habe ein Geschäft zur Zinsoptimierung angeboten, obwohl sie es gleichzeitig so konstruiert habe, dass der Kunde wahrscheinlich einen Verlust erleide.²⁰ Die Deutsche Bank verteidigt sich damit, dass sie nicht als Berater, sondern als Handelspartner aufgetreten sei; sie geht in allen Fällen in Revision. Die juristische Auseinandersetzung läuft deshalb auf ein Grundsatzurteil des Bundesgerichtshofs hinaus.

In Italien sind 525 Kommunen, Regional- und Provinzverwaltungen dem Versprechen der „Zinsoptimierung“ gefolgt. Verkäufer waren hier, neben der Deutschen Bank, die Depfa (die privatisierte Deutsche Pfandbriefanstalt mit Sitz in Dublin, seit 2007 im Eigentum der HRE), die UBS sowie die US-Investmentbank JP Morgan. Seit Mai 2010 stehen 13 Manager der genannten Banken wegen schweren Betrugs zu Lasten der Stadt Mailand vor Gericht. Die Justiz hat Aktien, Immobilien und sonstige Werte der Banken im Wert von 340 Mio. Euro konfisziert. Das Verfahren gilt als Präzedenzfall für Klagen der anderen Betroffenen. Ausgelöst wurde das Mailänder Verfahren durch die Strafanzeige eines ehemaligen Mitarbeiters der Deutschen Bank, Niederlassung Mailand, der in die Kommunalpolitik wechselte und die Praktiken der Bank genauer kennt als normale Politiker.²¹

²⁰ Oberlandesgericht Stuttgart, Az. 9 U 164/08.

²¹ Rössner Rechtsanwälte, Pressemitteilung vom 18.5.2010.

Auch in den Vereinigten Staaten haben hunderte Kommunen, Schuldistrikte und Kläranlagenbetreiber „innovative Finanzprodukte“ gekauft. Insbesondere JP Morgan, Merrill Lynch, Citicorp und Wachovia haben sich auf diese Zielgruppe spezialisiert. Die öffentlichen Kunden wurden mit anfänglichen Barauszahlungen und Spenden, etwa für Jugendstiftungen, gelockt und gingen Zinswetten mit einer Laufzeit von bis zu 30 Jahren ein. Wenn Zinsen steigen, ist damit ein Wechsel zu günstigeren Krediten nicht mehr möglich. Mit steigenden Gebühren, etwa für die Abwasserentsorgung, tragen Millionen Bürgerinnen und Bürger nun die Kosten. Auch hier haben die Banken die Risiken heruntergespielt. Ein Standardargument lautete: „Das ist von Ratingagenturen als angemessenes Finanzinstrument akzeptiert.“ Das US-Justizministerium hat im November 2007 wegen der Kommunal-Derivate die umfangreichste Kriminalermittlung seiner Geschichte begonnen; auch die SEC ermittelt. Eine Klagewelle der Betroffenen durchzieht das Land. Ob sich die Kläger damit allerdings aus ihrer Rolle als Mitspieler der Banken verabschieden (können), ist zweifelhaft.

Betrogene Anleger in der Bankenfalle

Rund 50 000 Zertifikatekäufer sind in Deutschland von der Pleite der Bank Lehman Brothers betroffen. Zehntausende Anleger haben Aktien der IKB und der HRE gekauft, die nun nichts mehr wert sind. Mit zahlreichen Einzel- und Sammelklagen suchen die Geschädigten Schadenersatz. Jeweils mehr als 100 Klagen richten sich gegen IKB und HRE. Sie werden vielfach als Sammel- und Musterverfahren zusammengelegt, um Kosten für die Kläger und Aufwand für die Justiz zu verringern. Die anfangs naiven, doch nachträglich klüger gewordenen Kläger berufen sich auf die Falschdarstellung der Lage der Banken durch die Vorstände.

Die Lehman-Klagen richten sich gegen die deutschen Vertriebsbanken, die die Lehman-Zertifikate verkauft haben. Dazu gehören neben Citibank (jetzt: Targobank), Commerzbank und Dresdner Bank auch Sparkassen. Die Banken garantierten den Käufern der Zertifikate eine hohe Rendite und eine vollständige Kapitalgarantie. Einige Landgerichte gaben den Klägern Recht und sprachen ihnen Schadenersatz zu, denn die Verkäufer haben nicht über ihre hohen Provisionen und auch nicht darüber informiert, dass spekulative Zertifikate im Unterschied zu Spargeldern nicht vom Einlagensicherungsfonds der Banken abgesichert sind. Die Gerichte ließen die Argumentation der Banken, sie hätten diese Informationen nicht vorsätzlich, sondern nur fahrlässig verschwiegen, nicht gelten. Einige Oberlandesgerichte kippten jedoch diese Entscheidungen, denn die versäumten Hinweise auf Provisionen und den Einlagensicherungsfonds seien „keine Beratungsfehler“.²² Diese Begründung überzeugt nicht, da es sich bei der großen Mehrheit der Betroffenen nicht um Profis handelt, sondern um unerfahrene und sicherheitsorientierte Erstanleger.

²² So z.B. das OLG Hamburg, Az. 13 U 117/09.

Deshalb richtet sich ihre Hoffnung auf den Bundesgerichtshof, der in der Vergangenheit bereits anlegerfreundlich geurteilt hat.²³

Die genannten Vertriebsbanken haben zudem die Lehman-Zertifikate in Deutschland und in vielen weiteren Ländern verkauft. Lehman deckte auf diese Weise weltweit seinen Kapitalbedarf, und die Vertriebsbanken kassierten hohe Provisionen. In den USA selbst ist es jedoch verboten, solche spekulativen Produkte an individuelle Kleinanleger zu verkaufen. Über dieses in den USA bestehende Verbot wurden die Käufer aber nicht informiert; stattdessen täuschte man mit dem Begriff „Zertifikat“ Sicherheit vor. Insgesamt handelt es sich nach rechtsstaatlichen Prinzipien um Betrug. Da es sich bei Betrug grundsätzlich um ein Officialdelikt, welches von Amts wegen, also ohne Rücksicht auf den Willen des Verletzten verfolgt werden muss, handelt, hätten Staatsanwälte von sich aus mit den Ermittlungen beginnen müssen; faktisch tun sie dies aber regelmäßig nicht. Der Staat schützt somit auch hier die Banken und benachteiligt die Anleger. „Nach dem Finanzmarktstabilisierungsgesetz dürfen Banken faule Wertpapiere an den Staat verkaufen. Die einfachen Bürger dagegen bleiben auf ihren Zertifikaten sitzen. Für mich ist das ein Verstoß gegen den Gleichheitsgrundsatz“, stellt Rechtsanwalt Peter Mattil fest, der über eine Verfassungsbeschwerde Gleichbehandlung erzwingen will.²⁴

Leistungslose Einkommen

Die Banker zeigen bislang keinerlei Unrechtsbewusstsein. Sie akzeptieren auch nicht die ansonsten von ihnen behauptete Bindung des Einkommens an gute Leistung. Zwei Mrd. US-Dollar Boni ließen sich allein die europäischen und asiatischen Lehman-Manager *nach* der Insolvenzerklärung auszahlen. Sie konnten sich darauf berufen, dass ihnen die Boni vertraglich garantiert waren, und zwar unabhängig vom Erfolg der Bank.

Ähnlich wie die Lehman-Manager sieht es auch der ehemalige Vorstand der Hypo Real Estate. Der Vorsitzende Georg Funke schied wie drei weitere Vorstandsmitglieder nach der Insolvenz aus. Alle klagen nun auf vollständige Auszahlung ihrer vereinbarten Ansprüche; bei Funke sind dies Gehälter bis 2013 in Höhe von 3,5 Mio. Euro und eine anschließende jährliche Pension von 560 000 Euro. Der Vorstandschef der staatlich geretteten HSH Nordbank, Dirk Nonnenmacher, bestand auf Boni in Höhe 2,9 Mio. Euro. Er berief sich ebenfalls auf einen Vertrag, der ihm diesen Betrag unabhängig vom Unternehmenserfolg garantierte. Darin wurde er vom neuen Aufsichtsratsvorsitzenden Kopper unterstützt. Solche in besonderen Verträgen vereinbarte (und auch viel höhere) Boni wurden an zahlreiche Pleitebanker nach Ausbruch der Finanzkrise ausbezahlt und notfalls gerichtlich erstritten.²⁵

Dies widerspricht den Prinzipien des klassischen bürgerlichen Rechts. In der Bundesrepublik ist der „Wegfall der Geschäftsgrundlage“ in Paragraph

²³ Vgl. BGH, Az. XI ZR 586/07.

²⁴ „Handelsblatt“, 4.5.2009.

²⁵ NDR, Die Zockerbank, 2.2.2010.

313 BGB formuliert. In den USA heißt es entsprechend „doctrine of change in underlying assumptions“: Wenn sich äußere Umstände und Leistungen der Verantwortlichen gravierend geändert haben, müssen bzw. dürfen Boni, die dem Sinne nach für gute Leistungen und Erfolg gedacht sind, nicht ausgezahlt werden. Privatrechtliche Verträge über Boni hebeln somit heute die übergeordneten Gesetze zur Haftung aus.

Auch die Regierungen unterstützen Banker bei ihren Forderungen nach erfolgsunabhängigen Boni, hohen Gehältern und Pensionen. So erhielt Axel Wieandt, der von der Deutschen Bank kommend den Vorstandsvorsitz der staatlich zu rettenden HRE übernahm, die „vertraglich unverfallbare“ Zusage, schon nach einem Jahr Tätigkeit Anspruch auf 240 000 Euro Pension zu haben, und zwar bereits ab dem 60. Lebensjahr. Er schied nach einem Jahr aus und nahm diesen Anspruch mit. Zudem erhielt er für das Jahr 1,5 Mio. Gehalt, obwohl Vorstandsmitgliedern in der staatlich geretteten HRE nur eine halbe Million zusteht.²⁶

Kollektive Selbstentlastung

In den USA wird zwar Goldman Sachs vor Gericht gezerzt, aber nur mit einem einzelnen Finanzprodukt und lediglich mit einem kleinen Händler als Angeklagten. In Deutschland geht die Schonung noch weiter: Hier wird gegen keinen Händler der Deutschen Bank wegen des ähnlichen Verkaufs von CDOs an die IKB auch nur ermittelt.

Zur hochkarätigen Riege der damaligen Mitglieder des IKB-Aufsichtsrates gehören der Staatssekretär im Finanzministerium, Jörg Asmussen (SPD), der Vorstandschef des Energiekonzerns Eon, Ulrich Hartmann, und der Ex-BDI-Präsident Hans-Olaf Henkel. Nach dem Aktiengesetz kann gegen sie wegen Verletzung der Aufsichtspflicht und auf Schadenersatz geklagt werden. Doch gegen die Genannten, die zudem exponierte Kenner und Lobbyisten der Deregulierung sind, wird ebenfalls nicht ermittelt. Sie wurden lediglich als Zeugen im Verfahren gegen den Ex-IKB-Chef Ortseifen benannt. Das Gericht ließ zu, dass sie sich ahnungs- und verantwortungslos gierten. Als die Richter Henkel die von ihm unterschriebenen Verträge vorlegten, wonach die Bank die Mieten für die Villen der Vorstände übernahm, berief Henkel sich im peinlichen Versuch der Selbstironie auf Gedächtnisverlust: „Sehen Sie mal, wie einem das Gedächtnis einen Streich spielen kann. Es muss diese Praxis gegeben haben.“²⁷ Natürlich war diese Praxis üblich, die ertappte Elite legt ihren prinzipiellen moralischen Opportunismus kurzzeitig offen – und die Staatsanwälte schauen zu.

Zu den „heiligen Kühen“, die von Staat und Justiz geschont werden und die sich auch gegenseitig schonen und schützen, gehören in allen westlichen Staaten neben den Aufsichtsräten und amtierenden Bankvorständen auch die Ratingagenturen, Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftskanzleien – ohne deren

²⁶ „Kölner Stadt-Anzeiger“, 8.5.2010.

²⁷ FAZ, 28.4.2010.

Mittäterschaft wäre die Krise kaum entstanden. Obwohl die Börsenaufsicht SEC einen Bericht über die Ratingagenturen erstellte, die in Serie betrügerische Bestnoten für CDOs vergaben und dafür hohe Gebühren kassierten, erhob die Behörde keine Anklage. In mehreren Fällen sprachen US-Gerichte die Ratingagenturen, die von Privatpersonen verklagt wurden, sogar frei, da die Bonitätseinstufungen der „Meinungsfreiheit“ unterlägen.²⁸ Das ist indes grober Unfug, denn die Agenturen nehmen hoheitliche Aufgaben wahr.

Ebenso schonend gehen Staat und Justiz mit den Wirtschaftsprüfern um. Die Münchner Staatsanwälte haben zwar auch die Geschäftsräume der Wirtschaftsprüfer KPMG durchsucht, die die Bilanzen der HRE bis zuletzt als ordentlich testiert haben. KPMG gilt jedoch nur als Zeuge. Lediglich Rechtsanwalt Strate hat Strafanzeige auch gegen die Abschlussprüfer der HSH Nordbank gestellt; auch hier hat KPMG nicht vor den Risiken gewarnt, sondern deren Auslagerung in außerbilanzielle Zweckgesellschaften abgesegnet.

Das Problem liegt nicht zuletzt darin, dass Ratingagenturen wie Wirtschaftsprüfer für ihre hoheitliche Aufgabe der Bonitätseinstufung bzw. des Bilanztests nicht vom Staat, sondern von ihren Auftraggebern, den Banken und Hedgefonds, bezahlt werden. Gestützt wird die Schuld- und Strafflosigkeit auch durch die standardisierte Haftungsfreistellung, die Ratingagenturen und Wirtschaftsprüfer mit ihren Auftraggebern vereinbaren – und die machen mit. Der Grund: Beide Seiten profitieren. Deshalb gibt man sich auch hier schuld- und verantwortungslos.

Die neuen Raubritter

„Wer nach Schuld fragt, liegt falsch“, erklärte Vizekanzler Frank-Walter Steinmeier am 14. Januar 2009 im Bundestag zur Finanzkrise. Auch neoliberale und „kritische“ Ökonomen leugnen die persönliche und rechtlich fassbare Schuldfähigkeit der Finanzakteure: Die Suche nach Schuldigen und Schuld mache keinen Sinn, weil das Fehlverhalten politisch erlaubt und tausendfach zum Normalfall geworden sei.²⁹ Man sieht die mythische Gruppe der „Finanzmärkte“ als entindividualisierten Akteur, spricht bestenfalls von „den Banken“, vom „Finanzsystem“ und von „Strukturen“. Die Interdependenz zwischen Individuen und Strukturen bzw. dem System bleibt unerkannt. Es gibt aber kein politisches oder ökonomisches System, das nicht vom persönlichen Einsatz, vom Erfolg oder Scheitern namentlich benennbarer und hierarchisch zugeordneter Individuen abhängig gewesen wäre.³⁰

Dass „alle“ in gleicher Weise gehandelt hätten, können die Täter nachträglich umso leichter behaupten, als sie selbst jede gegenteilige systematische Position unterdrückt haben, nicht zuletzt mit der Behauptung angeblicher „Alternativlosigkeit“ des eigenen Handelns. Das Diktum kollektiver

28 Vgl. Werner Rügemer, *Die Berater*, Bielefeld 2004; „The Guardian“, 26.1.2009; FAZ, 8.6.2010.

29 Vgl. Hans-Werner Sinn, *Kasino-Kapitalismus*, Berlin 2009.

30 Vgl. die Auseinandersetzung mit Rudolf Hickel und dem attac-Bankentribunal in: „lunapark21“, 10/2010, S. 27–31.

Unschuld negiert die Möglichkeit von Kritik und Widerstand und setzt damit sich selbst mit „allen“ Bürgern identisch. Die Kollektiv*unschuld* kann deshalb leicht auch die Gestalt ihres scheinbaren Gegenteils annehmen, nämlich der Kollektiv*schuld*; das beliebte Klischee lautet hier: „Wir sind alle irgendwie auch Getriebene der Märkte“ – so zitierte „Der Spiegel“ jüngst Deutsche-Bank-Chef Josef Ackermann.³¹ Auf diese Weise können sowohl die Haupttäter, als auch die weniger schuldigen Mittäter sich in den Schutz der Kollektivschuld-Familie flüchten – und die Unschuldigen müssen die Kostenfolgen der Schuldigen tragen.

In der Finanzkrise haben Finanzakteure und Regierungen zusammengewirkt, um Rechtsstaat, Demokratie und Marktwirtschaft immer weiter auszuhebeln. Die Banken traten als Erpresser auf und wurden wider Recht und Gesetz (und auch gegen die Prinzipien der Marktwirtschaft) von der Insolvenzabwicklung ausgenommen und durch Staatsgelder „gerettet“. Bei der Rettung herrscht weiter organisierte Geheimhaltung und Intransparenz.

„Die Schädigung fremden Vermögens“ ist laut Paragraph 266 StGB eine Straftat, doch für die Finanzakteure wird sie zum staatlich organisierten Erfolg. Die Justiz wird in der vollen Anwendung des bestehenden Rechts behindert, die Haushaltshoheit der Parlamente auf Bundes- und Landesebene missachtet. Der Primat der Politik und die Richtlinienkompetenz des Bundeskanzlers gingen faktisch auf die Finanzakteure über. Man kann dies auch als „Finanzstaatsstreik“³² bezeichnen: Die Finanzakteure sind der autoritäre, nicht gewählte, an die Macht geputschte Souverän, der sich leistungsloses Einkommen aus dem Vermögen unbeteiligter Dritter zuerkennt.

Die Finanzakteure erpressen und nötigen den Staat und die Bürger dauerhaft und wälzen die Folgen ihres Handelns mit Hilfe staatlicher Gewalt auf unbeteiligte Dritte ab. Sie zerstören privates und öffentliches Eigentum. Sie stürzen die Mehrheit der Menschen in existenzielle Unsicherheit, viele in Armut, vermeidbare Krankheit und in den frühen Tod. Die Täter behaupten infantil, dass sie all dies nicht wollten. Es kommt aber darauf an, was sie bewirken. Unwissenheit und Verdrängung dürfen bekanntlich nicht vor Schuld und Strafe schützen.

Die neoliberalen Finanzakteure brechen bei Bedarf die Verfassung ebenso wie das Straf-, Zivil-, Verwaltungs- und Völkerrecht. Liberalisierung und Deregulierung bedeuten der Absicht nach: *de lege solutus*, „vom Gesetz befreit“. Die Justiz greift ihrerseits fast nur nebensächliche Taten nebensächlicher Akteure auf.

Hinzu kommt: Noch weit schwerer als der Verstoß gegen Bestimmungen des bürgerlichen Rechts wiegt die systemische Enteignung der Gemeinschaft, im wiederholten Verstoß gegen Verfassung und Demokratie. Hierin liegt die eigentliche Kriminalität.

Gleichzeitig treiben die Putschisten einen hohen Aufwand, um ihre Kriminalität juristisch zu vernebeln. Deshalb haben große Wirtschaftsankleien nach angloamerikanischem Muster eine zentrale Bedeutung erlangt, um

31 „Der Spiegel“, 14/2010, S. 61.

32 Vgl. David Harvey, Der Finanzstaatsstreik: Ihre Krise, unsere Haftung, in: „Blätter“, 7/2009, S. 37-47.

Finanztransaktionen in komplizierte Vertragsformen zu gießen und anschließend staatliche Rettungsmaßnahmen einschließlich der Gesetze zur Banken-Vestaatlichung zu entwerfen. So hat beispielsweise die Kanzlei Freshfields sowohl die Verträge für Cross Border Leasing und andere krisenverursachende Finanzprodukte verfasst, als auch die Gesetze zur Finanzmarktstabilisierung und zur Vestaatlichung der HRE. „Verrechtlichtes Unrecht“ gehört zum neoliberalen Wirtschafts- und Politiktyp.³³

Deshalb ist es Aufgabe der Gesellschaft, die Schuldigen klar zu benennen. Wo sie gegen geltendes Recht verstoßen haben, muss es zu Anklagen kommen. Und was Kriminalität ist, muss auf der Höhe der Zeit neu bestimmt werden. Die systemische Kriminalität der Finanzakteure wird in dem Maße aus der Anonymität der Finanzmärkte herausgeholt, in dem die Betroffenen für ihre Rechte kämpfen, und zwar in dem Ort, in dem Unternehmen, in dem sie handlungsfähig sind. Mit den zehntausenden Tätern muss im Kontext ihrer Taten die Auseinandersetzung geführt werden. Das bloße Gerede über schuldunfähige „Charaktermasken“ führt nicht weiter. Das konfliktbereite, dialogische Einsperren eines konkreten Bankers oder Bankeigentümers in seinem Büro hingegen kann, wenn gut gemacht, eine der vielen notwendigen Keimzellen zukünftigen demokratischen Rechts sein.

33 Vgl. Werner Rügemer, Arbeits-Unrecht, Münster 2010.

Anzeige

Wo Menschen Wissenschaft nützlich machen wollen.
 Wo Wissenschaft sich auf sich selber anwendet.
 Wo sie Verschwiegenes benennt, Handlungsmöglichkeiten diskutiert.
 Wo sie nützlich wird, kritisiert, eingreift –
 – da ist FORUM WISSENSCHAFT. Das kritische Wissenschaftsmagazin.

Aktuelle Ausgabe (2/2010): »**Nach-Denk-Ansätze. Studium, Studiengänge – und weiter?**«.
Außerdem: Hirndoping? Neuro-Enhancement (II) · Neuer Tabubruch der Transplantations-Medizin? · Hochschulinitiative gegen Militärforschung · ...

Jedes Vierteljahr. Immer politisch. Immer mit einem aktuellen Themenschwerpunkt.
 Immer kompetent. Immer mit anspruchsvoller Illustration.



FORUM
 Wissenschaft

FORUM WISSENSCHAFT. Bewegt.
 Vierteljährlich · Einzelheft 8,- € · Jahresabo 28,- € · www.bdwi.de/forum · forum@bdwi.de
 Hg. vom Bund demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler (BdWi) · www.bdwi.de